

Stephan Fackler

## **Fernsehen und Glücksspiel**



Herbert Utz Verlag · München

## Rechtswissenschaften

Herausgegeben von

Dr. Thomas Küffner

Dr. Küffner & Partner, Landshut, München

Band 66

Umschlagabbildung: »Das Glück festhalten« von iriskniris ©photocase.de



„Dieses Softcover wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich für eine ökologische und sozialverantwortliche Nutzung der Wälder unserer Erde einsetzt.“

Zugl.: Diss., Frankfurt (Main), Johann Wolfgang Goethe-Universität, 2008, D30

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2009

ISBN 978-3-8316-0856-0

Printed in Germany

Herbert Utz Verlag GmbH, München

089-277791-00 · [www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)

## Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK .....	7
<b>A.    MARKT UND FERNSEHEN.....</b>	<b>10</b>
I.    DER FERNSEHMARKT.....	10
II.   DER WERBEMARKT .....	13
III.  DER GLÜCKSSPIELMARKT .....	15
1. <i>Umsätze im Glücksspielwesen</i> .....	16
2. <i>Staatliche Einnahmen aus Glücksspiel</i> .....	18
<b>B.    GLÜCKSSPIEL IM FERNSEHEN.....</b>	<b>19</b>
I.    DAS GLÜCKSSPIEL UND SEINE RECHTLICHE EINORDNUNG .....	20
1. <i>Der Begriff des „Glücksspiels“</i> .....	21
a)    Definition .....	21
b)    Einzelne Arten von Glücksspielen und deren Einordnung .....	23
aa)  Die Sportwette .....	23
bb)  Lotterien und Ausspielungen.....	25
cc)  „Großes“ und „kleines Spiel“ in Casinos .....	26
dd)  Glücksspiel an der Börse .....	27
2. <i>(Gesetzliche) Regelungen zum Glücksspielrecht</i> .....	29
a)    Zivilrechtliche Normen .....	29
b)    Strafrechtliche Normen .....	30
aa)  §§ 284 ff. StGB und ihr Schutzzweck .....	30
bb)  § 104 StPO.....	34
cc)  Nr. 240, 241 RiStBV .....	34
dd)  Landesrechtliche Regelungen im Bereich des Strafrechts .....	34
ee)  Lotteriestaatsvertrag und Glücksspielstaatsvertrag .....	36
ff)  §§ 5ff. RWG .....	37
gg)  §§ 144 Abs. 1 Nr. 1 lit. d, 148 Nr. 1 GewO .....	37
c)    Öffentlich-rechtliche Regelungen .....	38
aa)  Das Rennwett- und Lotteriegesetz (RWG).....	38
bb)  Das gewerbliche Spielrecht .....	39
cc)  Lotteriestaatsvertrag und Glücksspielstaatsvertrag .....	40
II.   DIE BEWERBUNG FREMDER GLÜCKSSPIELE IM FERNSEHEN .....	42
1. <i>Strafrechtliche Werbeverbote</i> .....	43
a)    Der Begriff der „Werbung“ .....	43
b)    „Ohne behördliche Erlaubnis“ .....	43
c)    Ausländische Lizenzen - Europarecht.....	45
d)    Die strafrechtliche Legalisierungswirkung .....	45
e)    „Werbung“ im Fernsehen.....	47
2. <i>Das Werbeverbot im GlüStV</i> .....	48

III. DIE VERMITTLUNG FREMDER GLÜCKSSPIELE .....	50
1. <i>Strafrechtliche Aspekte</i> .....	50
a) Der „Vermittler“ als „Veranstalter“ .....	50
aa) Die Begriffe des „Vermittlers“ und „Veranstalters“ .....	51
bb) Das Argument aus den Gesetzesmaterialien .....	54
cc) Das Wortlautargument .....	56
dd) Grenzüberschreitende Bezüge .....	57
b) Das „Halten“ des Glücksspiels .....	59
c) Der „Vermittler“ als Teilnehmer .....	59
aa) Die Förderung von inländischem Glücksspiel .....	60
bb) Die Förderung von ausländischem Glücksspiel .....	62
(1) Das „Bereitstellen von Einrichtungen“ .....	62
(2) Die Beihilfe .....	65
d) „Vermittlung“ als Form der „Werbung“ .....	67
e) Landesrechtliche Strafbarkeit des „Vermittelns“ .....	70
2. <i>Wettbewerbsrechtliche Aspekte</i> .....	72
3. <i>Landesrechtliche Vermittlungsverbote</i> .....	72
a) Formelle Verfassungsmäßigkeit .....	74
b) Materielle Verfassungsmäßigkeit .....	75
aa) Voraussetzungen .....	75
bb) (Bundes-)Ländergrenzenüberschreitende Bezüge .....	76
cc) Spezielle „Gefahren“ des „Vermittelns“? .....	77
dd) Eindämmung der „Gefahren“ .....	79
c) Ergebnis .....	81
IV. DIE VERANSTALTUNG EIGENER „GLÜCKSSPIELE“ .....	82
1. <i>Fernsehlotterien</i> .....	82
2. <i>Call-In-Shows</i> .....	83
a) Das Prinzip .....	83
b) Glücksspielstrafrechtliche Aspekte .....	84
aa) Öffentlich und ohne behördliche Erlaubnis .....	85
bb) Call-Ins als Glücksspiele? .....	85
(1) Das Zufallsmoment .....	86
(2) Das Erfordernis eines „Einsatzes“ .....	90
(a) Leistung eines „Einsatz“ an den Veranstalter .....	91
(b) „nicht ganz unbeträchtliche“ Höhe von Einsatz und Gewinn .....	95
c) Anwendungsregeln der Landesmedienanstalten .....	102
d) Wertungswidersprüche .....	103
e) Weitere straf- und medienrechtliche Aspekte .....	104
aa) „Alle Leitungen sind freigeschaltet“ .....	105
bb) Kein Anrufer wird ausgewählt .....	106
cc) Die Manipulation des Zufallsgenerators .....	106
dd) Der „Countdown“ .....	108
ee) Die wahrheitswidrige Ankündigung des Endes der Sendung .....	109
ff) Der Inhalt der Quizfrage .....	110
(1) Eine unlösbare Quizfrage .....	110

(2) Veränderungen während des Spiels.....	112
gg) Die Pflicht, die Quizfrage aufzulösen .....	114
f) wettbewerbsrechtliche Aspekte.....	114
aa) Verstoß gegen § 3, 4 Nr. 11 UWG iVm §§ 284 ff. StGB .....	115
bb) Verstoß gegen § 4 Nr. 6 UWG .....	115
(1) Kopplungsverbot.....	116
(a) Streitstand.....	116
(b) Eigene Stellungnahme.....	117
(2) Ausnahme .....	119
(a) übliche Übermittlungskosten .....	119
(b) alternative Teilnahmemöglichkeit.....	121
(c) Reichweite der Ausnahmetatbestände.....	122
cc) Verstoß gegen § 4 Nr. 5 UWG .....	123
(1) Werbecharakter .....	123
(2) Teilnahmebedingungen.....	124
(3) Konsequenzen für Call-In-Shows.....	125
(a) Aufklärung über die Kosten des Anrufs .....	125
(b) „Alle Leitungen sind freigeschaltet“ .....	127
(c) Manipulation der Auswahl des Zufallsgenerators .....	127
(d) Ausübung von „Zeitdruck“ .....	128
(e) Probleme mit der Quizfrage .....	128
(f) Pflicht zur Bekanntgabe der Lösung der Quizfrage? .....	129
g) Zwischenergebnis.....	130
h) Rundfunkrechtliche Aspekte.....	130
3. <i>Wettsender, Wettsendungen</i> .....	132
a) Wettsender .....	132
b) Wettsendungen.....	132
c) Das Glücksspielmonopol .....	134
aa) Glücksspielveranstaltung als „Beruf“ .....	134
bb) Das Glücksspielmonopol und seine rechtliche Verankerung .....	138
(1) Die Reglementierungen des LottStV und des GlüStV .....	138
(a) Regelungen des LottStV .....	138
(b) Regelungen des GlüStV .....	141
(c) Zwischenergebnis .....	143
(2) Die Regelungen der §§ 284 ff. StGB.....	143
cc) Lizenzen der ehemaligen DDR .....	146
(1) Historie .....	146
(2) Föderalistische Ausgangslage.....	148
(3) Auslegung des Art. 19 EV .....	150
(4) Argument aus Art. 37 EV .....	152
(5) Das Ziel der Rechtsangleichung .....	153
(6) Aufhebung der DDR-Lizenzen.....	156
dd) Staatliche Monopole und Zulassungsbeschränkungen .....	157
ee) Verwaltungsmonopol „genuin-hoheitlicher Art“? .....	159
ff) Glücksspielmonopol aus Art. 106 Abs. 2 Nr. 6 GG? .....	162
gg) Rechtfertigung des Monopols .....	163
(1) BVerfGE 102, 197 .....	163
(2) Stellungnahme.....	164

(3)	Rechtfertigung durch fiskalische Ziele .....	166
(4)	Rechtfertigung durch ordnungspolitische Ziele .....	167
(a)	Die gesetzgeberische Begründung .....	168
(b)	Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit .....	169
(c)	Die Beweislast .....	170
(d)	Überragend wichtige Gemeingüter .....	171
(aa)	Der Transparenzaspekt und der Schutz-/ Kontrollaspekt .....	171
(bb)	Der Begrenzungsaspekt .....	171
(cc)	Der Entkommerzialisierungsaspekt .....	172
(dd)	Der Sozialaspekt .....	173
(ee)	Zusammenfassung/Zwischenergebnis .....	174
(e)	Die Gefahren des Glücksspiels .....	174
(aa)	Bildung eines kriminellen Milieus .....	174
(bb)	Gefahren für den Verbraucherschutz .....	176
(cc)	Gefahr der Spielsucht .....	176
(f)	Erforderlichkeit eines Staatsmonopols zur Gefahren-Abwehr ...	178
(aa)	Beschränkung der Umfeldkriminalität .....	178
(bb)	Wahrung des Verbraucherschutzes .....	180
(cc)	Schutz vor Spielsucht .....	181
(α)	Ein generelles Glücksspielverbot (Totalverbot)? .....	182
(β)	Denkbare Restriktionen des Glücksspiels .....	184
(γ)	Staatsmonopol als Schutz vor Spielsucht? .....	187
(dd)	Die Handhabung seitens der Legislative und Exekutive .....	188
(g)	Die Entscheidung des BVerfG vom 28.03.2006 .....	190
(aa)	Die Vorgeschichte des Verfahrens .....	190
(bb)	Die Auffassung des BVerfG .....	192
(cc)	Eigene Stellungnahme .....	195
(h)	Ergebnis und Ausblick .....	203
d)	Europarechtliche Aspekte .....	205
aa)	Das Gambelli-Urteil des EuGH .....	206
bb)	Das Placanica-Urteil des EuGH .....	207
cc)	Die Auswirkungen auf die deutsche Rechtslage .....	208
(1)	Die Europarechtmäßigkeit der §§ 284 ff. StGB .....	209
(2)	Die Europarechtswidrigkeit des Glücksspielmonopols .....	210
(3)	Das Problem der Zurechnung zwischen den Gewalten .....	210
(4)	Die Widersprüchlichkeit der Rechtslage .....	213
(aa)	Widersprüchlichkeiten zwischen Landes- und Bundesrecht .....	213
(bb)	Faktische Widersprüche .....	214
(cc)	Konsequenzen aus den Widersprüchlichkeiten .....	215
(5)	Beseitigung der Europarechtswidrigkeit? .....	215
(a)	Behebung der Europarechtswidrigkeit .....	216
(b)	Eine europarechtliche Übergangslösung? .....	216
(c)	Die Situation einer Marktliberalisierung .....	218
e)	Reaktionen auf die Entscheidungen des BVerfG und des EuGH .....	219
aa)	Reaktionen der Bundesländer .....	219
bb)	Reaktionen der privaten Wettanbieter und -vermittler .....	220
cc)	Die Einschätzung der EU-Kommission .....	221
dd)	Die Einschätzung des Bundeskartellamts .....	222
f)	Handlungsalternativen für die Fernsehsender .....	223

<b>C. ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>226</b>
<b>D. LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>228</b>

## DANKSAGUNG

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2008 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen.

Für die Betreuung der Dissertation gilt mein großer Dank meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Thomas Vesting, der die Arbeit jederzeit förderte und wertvolle Anregungen einbrachte. Ebenso möchte ich Herrn Professor Dr. Dr. Günter Frankenberg für die Erstellung des Zweitgutachtens danken. Mein Dank gilt ferner Herrn PD Dr. Claudio Franzius als weiterem Mitglied der Prüfungskommission.

Die vorliegende Arbeit wurde durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Für die Aufnahme meiner Arbeit in das Stipendiatenprogramm gilt der Hanns-Seidel-Stiftung mein besonderer Dank.

Größte Dankbarkeit schulde ich meinen Eltern, Hans Joachim und Gerda Fackler, sowie meiner Freundin, Margret de la Camp, für ihre Liebe, ihre kontinuierliche Unterstützung und ihren Rückhalt, ohne die diese Arbeit niemals geschrieben worden wäre: Mein Dank gilt dabei meinem Vater, der seit jeher in zahllosen wissenschaftlichen und politischen Gesprächen und Diskussionen mein wahrlicher „Doktorvater im Geiste“ war. Mein Dank gilt gleichermaßen meiner Mutter, deren liebevolle Motivation und deren unerschütterlicher Glaube an mich mir stets Ansporn war. Schließlich gilt mein ebenbürtiger Dank meiner Freundin Margret für ihre Geduld, ihre liebevolle Unterstützung und ihre aufmunternden Worte in allen Phasen der Erstellung dieser Arbeit.



## VORWORT

Die Idee zu dieser Arbeit entstand während eines Pflichtwahlpraktikums beim DSF Deutsche SportFernsehen GmbH in München/Ismaning im Frühjahr 2004.

Die durch den privaten Fernsehsender „9Live“ mit unerwartet großem wirtschaftlichen Erfolg in das Medium Fernsehen implementierten sogenannten Call-In-Shows bewegten sich zu jener Zeit noch im Graubereich einer juristisch nicht eindeutig geklärten Rechtslage. (Private) Fernsehsender und Landesmedienanstalten befanden sich in einer hitzigen Debatte über die rechtliche Bewertung dieser neuen Sendeformate, deren Einordnung als „Glücksspiele“ oder „Gewinnspiele“ sowie Fragen der Reglementierung.

Gleichzeitig entspann sich aufgrund des zunehmenden wirtschaftlichen Erfolgs von Sportwetten (nicht zuletzt dank des forschenden Marktauftritts einiger privater Betreiber in Ostdeutschland) in der juristischen Literatur und Rechtsprechung eine heftige Diskussion über Einordnung und Reglementierung von Sportwetten im Besonderen und Glücksspielen im Allgemeinen. Dazu gehörte auch die Streitfrage, ob Sportwetten im Rundfunk beworben werden dürfen.

Die Diskussionen über die Fernsehwerbung für Sportwetten und die Veranstaltung von Call-In-Shows im Fernsehen führten mich zu der daran anknüpfenden Frage, inwieweit sich im Medium Fernsehen überhaupt „Glücksspiele“ und „glücksspielähnliche Spiele“ vermarkten lassen, ohne mit geltendem Recht in Konflikt zu geraten. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, dieser Fragestellung auf den Grund zu gehen.

Ein nicht unerhebliches Erschwernis bei der Bearbeitung dieses hochinteressanten und praxisrelevanten Themas war dessen hohe Aktualität, bedingt durch die andauernd rasante Fortentwicklung des Glücksspielrechts während der letzten Jahre: Eine inzwischen unüberschaubare Fülle an Rechtsprechung aller Instanzen und aller Rechtszüge (u.a. BVerwG, BGH und BVerfG), eine zeitgleich einsetzende Welle an Veröffentlichungen in der juristischen Fachliteratur und nicht zuletzt die rege Tätigkeit der (Landes-)Gesetzgeber (Erlass

bzw. Änderung des Lotterie-, des Glücksspiel- und des Rundfunkstaatsvertrages) mit Bezug zur hier behandelten Thematik machten es durchaus zu einer Herausforderung, die Arbeit kontinuierlich auf dem aktuellen Stand zu halten. Die vorliegende Fassung zeigt, dass dies gleichwohl geglückt ist.

Diese Arbeit unternimmt den Versuch, die mittlerweile nur noch Insidern verständliche Rechtslage am Schnittpunkt zwischen Rundfunk-/Wirtschafts- und Glücksspielrecht zu erläutern und einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zur weiterhin andauernden juristischen Fachdiskussion zu leisten.

München, im November 2008

Stephan Fackler

## EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt neben den in der ARD zusammenge- schlossenen öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten und dem ZDF inzwi- schen über 342 private Fernsehprogramme<sup>1</sup>. Dieses reichhaltige und vielfälti- ge TV-Angebot setzt sich zusammen aus Free-TV, Pay-TV und regiona- len/lokalen Fernsehangeboten. Das bundesweit verbreitete Free-TV-Angebot besteht aus 17 Vollprogrammen und 33 Spartenprogrammen, das Pay-TV- Angebot umfasst 33 Pay-TV-Sender, daneben existieren 234 regionale und lokale Fernsehprogramme<sup>2</sup>.

Der überwiegende Teil dieser Sender finanziert sich primär aus Werbeein- nahmen<sup>3</sup>. Die Umsätze am Fernsehwerbemarkt sind dementsprechend hoch. Spätestens seit dem konjunkturbedingten Einbruch des Werbemarktes im Jahr 2001 haben die Sender jedoch schmerzlich erfahren müssen, dass eine allzu einseitige finanzielle Abhängigkeit vom Werbemarkt durchaus proble- matisch sein kann. Seitdem bemühen sich die Fernsehveranstalter mit Nach- druck, ihre Finanzierung durch „Diversifikation“<sup>4</sup> auf eine breitere Basis zu stellen.

In ihrem Bestreben neue Einnahmequellen zu erschließen, haben die TV- Sender das Glücksspiel entdeckt, das nahezu unbeeinflusst von konjunkturel- len Schwankungen zu sein scheint. Für eine Vermarktung des Glücksspiels im Fernsehen kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht: Zum einen können Glücksspiele Dritter (= staatlicher oder privater Veranstalter) im klassischen Sinne beworben werden, wodurch Werbeeinnahmen generiert werden. Zum anderen können Glücksspiele Dritter an Endverbraucher ver- mittelt werden, was dem jeweiligen Sender Vermittlungs-Provisionen ein- bringt. Schließlich liegt die Versuchung nahe, im Fernsehen selbst Glücks- spiele zu veranstalten, was zu direkten Einnahmen aus den veranstalteten Spielen führen würde.

Letztere Variante erscheint insbesondere deshalb verlockend, weil Fernseh- veranstalter aus wirtschaftlichen Gründen laufend daran interessiert sind, ihr Programm fortzuentwickeln, um sich neue Zuschauerkreise zu erschließen.

Seit einigen Jahren erfreuen sich glücksspielähnliche interaktive TV-Spiele (sog. Call-Ins) beim Fernsehpublikum steter Beliebtheit und generieren z.T.

---

<sup>1</sup> ALM Jahrbuch 2006, S. 192 f.

<sup>2</sup> ALM Jahrbuch 2006, S. 192 f.

<sup>3</sup> Werbung in Deutschland 2007, S. 302

<sup>4</sup> = Verbreiterung der Einnahmenbasis

beträchtliche Einnahmen, indem sie den Zuschauer motivieren, sich am Spiel durch Anwahl einer kostenpflichtigen Telefon-Hotline zu beteiligen. Mit derartigen neuen TV-Formaten geraten die veranstaltenden Fernsehsender allerdings leicht in die juristische Grauzone des verbotenen Glücksspiels.

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, welchen juristischen Risiken Fernsehsender bei der wirtschaftlichen Betätigung im Umfeld von Glücksspielen und glücksspielähnlichen Spielen ausgesetzt sind. Der Focus der Arbeit liegt dabei auf der Untersuchung folgender Bereiche:

1. Bewerbung der von Dritten veranstalteten Glücksspiele im Fernsehen
2. Vermittlung der von Dritten veranstalteten Glücksspiele durch das Fernsehen
3. Veranstaltung von Glücksspielen und glücksspielähnlichen Spielen im Fernsehen

Hinsichtlich der Bewerbung und Vermittlung der von Dritten veranstalteten Glücksspiele konzentriert sich die vorliegende Arbeit exemplarisch auf von Dritten veranstaltete Sportwetten – insbesondere sog. Oddset-Wetten – und deren Bewerbung bzw. Vermittlung durch das Medium Fernsehen. Die Bewerbung und Vermittlung von Sportwetten stellt dabei eine Thematik dar, welche nicht zuletzt durch zahlreiche (auch höchstrichterliche) Gerichtsurteile in den letzten Jahren verstärkt nicht nur in den Blickpunkt und das Bewusstsein der juristischen Fachwelt, sondern auch der breiten Öffentlichkeit getreten ist.

Hinsichtlich der eigenen Veranstaltung von Glücksspielen und glücksspielähnlichen Spielen durch Fernsehsender legt diese Arbeit ihr Hauptaugenmerk auf die mittlerweile von zahlreichen Sendern veranstalteten sogenannten „Call-In-Shows“ und deren rechtliche Bewertung sowie auf die Veranstaltung sender-eigener (Sport-)Wettssendungen.

Eingebunden in diese Problematik wird zudem ein Blick auf den am 01.07.2004 in Kraft getretenen Lotteriestaatsvertrag (LottStV) und den ihn ersetzenden Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) (in Kraft getreten am 01.01.2008) zu werfen sein.

Der LottStV unternahm erstmalig den Versuch, angesichts der neuen Rechtsprechung länderübergreifend eine Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für die Veranstaltung von Glücksspielen zu verwirklichen. Die Materie des Glücksspielrechts hat jedoch in den letzten Jahren aufgrund vielfältiger Ursachen eine derart rasante Entwicklung erlebt, dass der LottStV nach einhelliger Auffassung bereits wenige Jahre nach seinem Inkrafttreten einer Novellierung bedurfte, die durch den GlüStV erfolgte. Soweit im Einzelfall an-

gebracht, wird sowohl auf die Regelungen des GlüStV als auch auf die Regelungen des LottStV eingegangen, die sich in weiten Teilen entsprechen.

Die vorliegende Arbeit basiert auf der zum 01.01.2008 geltenden Rechts- und Gesetzeslage und berücksichtigt die bis zu diesem Zeitpunkt ergangenen Gerichtsentscheidungen.

## Rechtswissenschaften

Herausgegeben von

Dr. Thomas Küffner

Dr. Küffner & Partner, Landshut, München

- Band 66: Stephan Fackler: **Fernsehen und Glücksspiel**  
2009 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-0856-0
- Band 65: Lars Christian Berster: **Die völkerstrafrechtliche Unterlassungsverantwortlichkeit**  
2008 · 300 Seiten · ISBN 978-3-8316-0852-2
- Band 64: Georg Steinberg (Hrsg.): **Recht und Macht** · Festschrift für Hinrich Rüping  
2008 · 420 Seiten · ISBN 978-3-8316-0850-8
- Band 63: Beatrice Lederer: **Quo vadis Bildberichterstattung?** · Eine Standortbestimmung im Spannungsfeld zwischen nationaler und europäischer Rechtsprechung  
2008 · 224 Seiten · ISBN 978-3-8316-0837-9
- Band 62: Monika Hausmann: **Die Reaktion auf Willensmängel beim Arbeitsvertragsschluss**  
2008 · 348 Seiten · ISBN 978-3-8316-0809-6
- Band 61: Markus Hoffmann: **Mehrfachschutz geistigen Eigentums im deutschen Rechtssystem**  
2008 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-0806-5
- Band 60: Markus Otto: **Individualkontrollrechte des GmbH-Gesellschafters – eine rechtsvergleichende Studie des deutschen und österreichischen GmbH-Rechts**  
2008 · 160 Seiten · ISBN 978-3-8316-0801-0
- Band 59: Antje Pres: **Das studentische Arbeitsverhältnis** · unter besonderer Berücksichtigung spezifischer Befristungsmöglichkeiten  
2008 · 164 Seiten · ISBN 978-3-8316-0782-2
- Band 58: Birgit Reinisch: **Das nicht eingetragene Gemeinschaftsgeschmacksmuster und sein Verhältnis zum ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz**  
2008 · 228 Seiten · ISBN 978-3-8316-0781-5
- Band 57: Matthäus Schindele: **Der Grundsatz der Prospektverständlichkeit am Beispiel des Börsenzulassungsprospekts für den amtlichen Markt** · – eine Studie zur deutschen und US-amerikanischen Rechtslage  
2007 · 230 Seiten · ISBN 978-3-8316-0742-6
- Band 56: Christian Link: **Telemedizinische Anwendungen in Deutschland und in Frankreich** · Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Grundlagen und des Haftungsgefüges sowie des Internationalen Privatrechts – mit Zusammenfassung in französischer Sprache  
2007 · 560 Seiten · ISBN 978-3-8316-0731-0
- Band 55: Julia Nobbe: **Das Günstigkeitsprinzip im Verbrauchervertragsrecht**  
2007 · 356 Seiten · ISBN 978-3-8316-0722-8
- Band 54: Alain Robbe-Grillet: **Planmäßige Sanierung nach französischem und nach deutschem Insolvenzrecht** · Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter Berücksichtigung der französischen Insolvenzrechtsreform von 2005  
2007 · 408 Seiten · ISBN 978-3-8316-0721-1
- Band 53: Heinz-Gerd Horlemann: **Die Besteuerung von Alterseinkünften in Deutschland – ein Modell für Europa?**  
2007 · 180 Seiten · ISBN 978-3-8316-0712-9

- Band 52: Nadja Bauer: **Der Gewinnabschöpfungsanspruch der Verbände nach § 10 UWG**  
2006 · 280 Seiten · ISBN 978-3-8316-0658-0
- Band 51: Sofia Stathouli: **Die Haftung des Verkäufers für Sachmängel und Falschlieferung nach dem Wiener Übereinkommen über den internationalen Warenkauf unter Berücksichtigung des deutschen und griechischen Rechts**  
2006 · 448 Seiten · ISBN 978-3-8316-0634-4
- Band 50: Monika Ackermann: **Die Rechtsbehelfe des Verletzten gegen die negative Anklageentscheidung des Staatsanwaltes in den USA** · Rechtslage und Reformbestrebungen  
2006 · 192 Seiten · ISBN 978-3-8316-0617-7
- Band 49: Babette Steinbauer: **Reorganisation in der Energiewirtschaft (»unbundling«) und deren arbeitsrechtliche Folgen**  
2006 · 260 Seiten · ISBN 978-3-8316-0606-1
- Band 48: Steffen Zimmer: **Ostalpine Bergrechtsaufzeichnungen im Mittelalter** · Ein bergrechtliches Entwicklungsprofil  
2006 · 208 Seiten · ISBN 978-3-8316-0579-8
- Band 47: Petra Kiel-Junk: **Verfahrenskoordination im Umweltrecht** · Die europäische Verpflichtung zur Koordination umweltrechtlicher Verfahren und ihre Umsetzung in das deutsche immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren  
2006 · 196 Seiten · ISBN 978-3-8316-0554-5
- Band 46: Anke Brodherr: **Alfred Verdross' Theorie des gemäßigten Monismus**  
2005 · 264 Seiten · ISBN 978-3-8316-0511-8
- Band 44: Thomas Maier: **Beamte als Aufsichtsratsmitglieder der öffentlichen Hand in der Aktiengesellschaft: weisungsgebundene Werkzeuge des öffentlichen Gesellschafters?**  
2005 · 240 Seiten · ISBN 978-3-8316-0492-0
- Band 43: Michael Rimbeck: **Rechtsfolgen fehlerhafter Ad-hoc Mitteilungen im deutschen und US-amerikanischen Recht**  
2005 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-0487-6
- Band 42: Thomas Eisgruber: **Die Zahlungsmittelrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG** · Eine Systematik der vereinfachten Gewinnermittlung, verprobt am Beispiel des Tausches  
2005 · 175 Seiten · ISBN 978-3-8316-0461-6
- Band 41: Stephan Friedrich König: **Die Gefahrenabwehrverordnungen der rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte im Spannungsverhältnis zwischen Rechtsverordnung und Allgemeinverfügung**  
2004 · 272 Seiten · ISBN 978-3-8316-0433-3

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:  
Herbert Utz Verlag GmbH, München  
089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis unter: [www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)